

II— 1531 der Beilagen zu den Stenographischen Protokollen des Nationalrates

## XIV. Gesetzgebungsperiode

Nr. 805/J

1976 -11- 22

## A n f r a g e

der Abgeordneten DIPL.ING.HANREICH, DR.STIX, DIPL.VW.JOSSECK

an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz

betreffend Ablagerung von Atommüll

In letzter Zeit wurde immer öfter das Problem der Lagerung radioaktiver Abfälle, die im Zusammenhang mit einer etwaigen Betriebnahme des in Bau befindlichen Atomkraftwerks Zwentendorf anfallen würden, in der Öffentlichkeit erörtert. Da dabei auch wiederholt mögliche Lagerungsgebiete genannt wurden, kam es bei der dort wohnenden Bevölkerung zu einiger Unruhe.

Es soll sich dabei um Gebiete mit Urgestein handeln, u.a. wurde als möglicher Ablagerungsort in Niederösterreich das Waldviertel und insbesondere das Gebiet des Truppenübungsplatzes Allensteig ins Gespräch gebracht. Die Bevölkerung dieses Gebietes ist nicht nur wegen der nach wie vor ungeklärten gesundheitlichen Risiken einer solchen Ablagerung besorgt, sondern auch wegen der dadurch entstehenden wirtschaftlichen Auswirkungen.

Dies brachte etwa der Gemeinderat der Stadtgemeinde Zwettl - Niederösterreich in seiner Sitzung am 24.9.1976 einstimmig zum Ausdruck. Als Begründung wurde die Meinung vertreten, daß das Waldviertel als Erholungsraum immer mehr an Bedeutung gewinnt und gerade die Stadtgemeinde Zwettl in Anbetracht dieser Gegebenheiten den Fremdenverkehr besonders fördert. Dieser stellt für dieses geopolitisch exponierte Gebiet praktisch die einzige wirtschaftliche Entwicklungsmöglichkeit dar.

Würden tatsächlich radioaktive Stoffe dort abgelagert werden, so muß erwartet werden, daß der Erholungssuchende diese Gegend meidet. Der Gemeinderat von Zwettl befürchtet für diesen Fall den endgültigen wirtschaftlichen Ruin der dort wohnhaften Bevölkerung.

Diese Überlegungen gelten wohl für alle Gebiete mit Urgestein nördlich der Donau.

Die unterzeichneten Abgeordneten richten daher an die Frau Bundesminister für Gesundheit und Umweltschutz die

- 2 -

A n f r a g e :

1. Welche Gebiete Österreichs stehen derzeit zur etwaigen Ablagerung radioaktiver Stoffe zur Diskussion?
2. Wurden schon Gebiete konkret dafür ausgesucht?
3. Welche Entscheidungskriterien werden für die Auswahl angewendet?
4. Werden auch die Auswirkungen einer solchen Maßnahme auf die wirtschaftlichen Verhältnisse der in einem solchen Gebiet wohnenden Bevölkerung, wie z.B. oben dargestellt, in die Entscheidung mit einbezogen?
5. Welche Sicherheit werden Sie der im ausgesuchten Gebiet wohnenden Bevölkerung geben können, daß diese Ablagerung in jedem Fall keine Gefahrenquelle bedeutet?
6. Werden Sie, bevor eine etwaige endgültige Entscheidung getroffen wird, mit der betroffenen Bevölkerung des infrage kommenden Gebietes in die Diskussion eintreten und deren Meinung gebührend berücksichtigen?